



Die gentech-kritischen Organisationen der Bodenseeregion spannen für ein gentechfreies Europa zusammen.

Bild: Vorarlberg Tourismus

Konferenz der europäischen Gentechfrei-Regionen: Gemeinsam nachdenken, gemeinsam handeln

Wie kann aus gentechfreien Regionen ein gentechfreies Europa wachsen? Als Mitveranstalterin lud die SAG Mitte März zu einer «Konferenz der Gentechnikfreien Regionen» an den Bodensee ein. Im Zentrum standen der Informations- und Erfahrungsaustausch sowie das Erarbeiten und Abstimmen von Strategien.

Christa Dettwiler

Der Bogen war weit gespannt: Was bedeutet das Urteil der WTO zum Recht von EU-Staaten, Importverbote für gentechnisch veränderte Nahrungsmittel zu verhängen? Wie kann die widersprüchliche Argumentation der EU zum Thema Grenzwerte der Gentech-Verunreinigung thematisiert werden? Was ist bei den brisanten Fragen der Koexistenz zu tun, beim Erhalt von reinem Saatgut, was zur Vergrößerung der gentechfreien Zonen... Fachfrauen und -männer aus Frankreich, Österreich, Deutschland und der Schweiz konzentrierten sich an der Bodensee-konferenz auf die brennende Frage, wie der Widerstand gegen Agro-Gentechnik erfolgreich organisiert werden kann.

Rund 100 Teilnehmende konnten die Veranstalter zur zweitägigen Konferenz begrüßen – motivierte, informierte Frauen und Männer aus Landwirtschaft, Verarbeitungswirtschaft und Wissenschaft, aus Politik, Behörden und Nicht-Regierungsorganisationen. In Referaten, Arbeitsgruppen und Plenarveranstaltungen

wurden Berichte über die gentechfreien Regionen ausgetauscht. Auf aufmerksame Ohren stiess Herbert Karch von der Kleinbauern-Vereinigung, der über seine Erfahrungen als Kampagnenleiter der erfolgreichen Schweizer Gentechnikfrei-Initiative sprach. Dass anderen Ländern solche Volksbefragungen verwehrt bleiben, wurde allgemein bedauert. Heike Molde-nauer vom BUND (Naturschutz Deutschland): «Wenn man die Leute fragt, sagen sie mehrheitlich Nein zu Gentechnik in der Nahrung.» Als Vertreter der SAG stellte Martin Ott das Projekt GEN-AU Rheinland vor und riss damit auch das für Bio-Landwirtschaftsbetriebe überlebens-wichtige Thema des Erhalts von reinem Saatgut an.

Handlungsbedarf an allen Fronten

In Arbeitsgruppen (AG) setzten sich die Teilnehmenden zum Ziel, die Kernprobleme herauszuschälen und konkrete Strategien zu entwickeln. Die AG Gentechnikfreie Regionen diskutierte darüber, wie das komplexe Thema auf ein allgemein verständliches Niveau gebracht werden könne. Was kann man in einer

gentechfreien Zone wie anpreisen? Wird gentechfreier Salat im Restaurant gekennzeichnet, wenn er mit Öl aus gentechnisch verändertem Soja angemacht worden ist?

Die AG Saatgut orte dringenden Handlungsbedarf, damit reines Saatgut auch in Zukunft garantiert werden kann, da es die Basis für eine gentechfreie Landwirtschaft bildet. Neben gesetzlichen Regelungen, etwa bei Haftungsfragen, ist eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit notwendig, so auch zum Thema Terminator-Technik und Saatgut. Mit sterilisierten Pflanzen würden Bauern gezwungen, Saatgut von jenem Konzern zu kaufen, der das Patent hält. Was, wenn das entsprechende Genkonstrukt auskreuzt? Eine freiwillige Selbstverpflichtung reicht hier nicht, deshalb der Vorschlag, analog von Wasserschutz zonen rechtlich geschützte Zonen für die Züchtung von Basis-saatgut zu schaffen.

Finanzen freisetzen

Wer bezahlt die Zusatzkosten für die Zertifizierung von gentechfreiem Saatgut? Wie sehen die Regelungen für ein Label «ohne Gentechnik hergestellt» aus? Die AG Futtermittel zog ein klares Fazit: informieren, aufklären und vor allem eine Nachfrage schaffen für gesunde Nahrungsmittel aus ökologischer Produktion.

In der vierten Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit wurden Ideen und Strategien

entwickelt, wie die Vorteile der gentechfreien Lebensmittel einer breiten Bevölkerung und unterschiedlichen Ziel- und Interessensgruppen wirkungsvoll näher gebracht werden können. Hier gelte es, das Interesse in der Bevölkerung zu wecken und Aufmerksamkeit in den Medien zu erkämpfen. Die Gentechnik-Promotoren betreiben Täuschung und Verwirrung vor allem bei den KonsumentInnen, um den Widerstand zu brechen.

Zum Abschluss, als die länderübergreifenden Strategien entwickelt wurden, kristallisierte sich eine Gemeinsamkeit in den europäischen Bewegungen heraus: der chronische Mangel an Finanzen. Für ein wirkungsvoll koordiniertes Vorgehen braucht es Engagement, das weit über die von so vielen schon geleistete Gratisarbeit hinausgeht. «Wir müssen Gelder für unsere Arbeit freisetzen,» brachte eine Teilnehmerin auf den Punkt, was für den Widerstand gegen Gentechnik-Freisetzung am dringendsten ist. Angesichts der Finanzpotenz der Agroindustrie sind die benötigten Mittel zwar bescheiden und doch nur schwer aufzutreiben. Jammern macht keine Gelder locker, neue Wege sind einzuschlagen und neue Partner zu finden, etwa aus der verarbeitenden Industrie. Berechnungen über die Logistik-Kosten für ein Nebeneinander von gentechfreier und gentechnischer Produktion machen den einen oder anderen Manager in der Food-Branche mit Sicherheit nervös.

Mehr lesen

Bild: Archiv, SWISSAID



Syngenta benimmt sich, als hätten sie den Reis erfunden. Das Parlament hat jetzt die Chance, der Gen-Privatisierung Grenzen zu setzen. Mehr dazu auf [Seite 2](#).

Bild: baer.ch



Der Unternehmer Stephan Baer hat für die Gentechnikfrei-Initiative gekämpft. Dass sein Käse ohne Gentechnik auskommt, darf er aber nicht drauf schreiben. Ein Gespräch auf [Seite 3](#).

Bild: Der Schweizerische Bundesrat 2006



Der Bundesrat meinte geschlossen, dass das Gentechnikgesetz genüge: «Das Moratorium ist überflüssig.» Jetzt muss er trotzdem darüber verhandeln. Mehr dazu auf [Seite 4](#).

Hat Syngenta den Reis erfunden?

Standpunkt



Bild: Claude Giger

Das Schweizer Patentgesetz soll revidiert werden. Der entsprechende Vorschlag des Bundesrats wird demnächst im Parlament diskutiert. Wir lehnen diesen Vorschlag ab, weil er einseitig nur den Interessen der Industrie entgegenkommt.

Ein Beispiel: Die Gene des Menschen sollen neu patentiert werden können. Doch menschliche Gene können nicht «erfunden» werden, sie sind schon jahrhundertlang in uns drinnen. Gene können lediglich «entdeckt» werden, doch Entdeckungen sind nicht patentierbar. Der Trick: Der Bundesrat definiert das Wort «Erfindung» neu und bezeichnet damit jetzt den Akt, mit dem ein Gen aus dem Körper isoliert und dessen Funktion bestimmt wird. Das ist aber Juristerei mit der Brechstange und in meinen Augen grundfalsch.

Menschliche Gene, aber auch Gene von Pflanzen und Tieren gehören zum Allgemeingut der Menschheit, zu dem alle freien Zugang haben müssen. Das ist für uns und zukünftige Generationen lebensnotwendig. Denn die Medizin, die Forschung und die Züchtung neuer Pflanzen- und Tiersorten sind auf einen frei zugänglichen «Genpool» angewiesen. Luft oder Wasser können aus gutem Grund auch nicht patentiert werden.

Der Bundesrat will sogar noch viel weiter gehen: Wer ein Gen-Patent bekommt, soll auch gleich die exklusive Kontrolle über die Funktionen dieses Gens erhalten – und zwar auch über diejenigen, die zur Zeit der Patentanmeldung noch gar nicht bekannt sind. So erhielt die US-Firma Myriad in der EU ein Patent auf das sogenannte Brustkrebs-Gen. Falls in Zukunft entdeckt wird, dass dieses Gen auch bei Dickdarmkrebs oder bei Leukämie eine Rolle spielt, fällt dies unter das patentierte Monopoleigentum von Myriad. Viele ForscherInnen sind vehement gegen solch unsinnige Patente, doch der Bundesrat hat offenbar nur der starken Lobby der Grossindustrie Gehör geschenkt.

Florianne Koechlin, SAG, Blauen-Institut, Autorin von «Zellgeflüster»

Zweihundert Frauen in Guinea-Bissau haben sich zusammengesetzt, um die Ernährung ihrer Familien zu sichern und die lokale Landwirtschaft zu retten. Mit Unterstützung von SWISSAID sammeln und erhalten sie lokale Reissorten in mehreren Saatgutbanken. Sie testen die verschiedenen Sorten, um die besten zu vervielfachen.

Bild: Archiv, SWISSAID



Gene, Pflanzen und Tiere werden zunehmend zum Eigentum von Konzernen und Institutionen. Die Folgen haben Landwirte, Forscher und die Allgemeinheit zu tragen. Jetzt hat das Parlament die Möglichkeit, diese Entwicklung zu stoppen.

Tina Goethe, SWISSAID

Der Schweizer Agrarmulti Syngenta ist nicht bescheiden: Er behauptet, über 30'000 Gensequenzen des Reises «erfunden» zu haben. Als der Konzern 2001 zusammen mit der US-Firma Myriad das Erbgut des Reises entschlüsselt hatte, meldete er bei den Patentämtern in Europa und den USA sowie bei der Weltpatentbehörde mehrere Patente auf einzelnen Gene oder Gensequenzen des Reises an. Doch was Syngenta als «Erfindung» schützen lassen will, ist schlicht eine Beschreibung. Denn der Konzern hat lediglich die Aktivität der Gene unter bestimmten Bedingungen wie Wachstum, Stress und Krankheiten gemessen. Damit hat Syngenta den Reis nicht erfunden, nicht mal Teile davon.

Absurdes System

Noch sind die Patente auf den Reis nicht erteilt. Doch in anderen Fällen sind Patente auf Pflanzen, Tiere und Gene längst Realität. Das Europäische Patentamt erteilt bereits über 400 Patente auf Pflanzen, rund 100 auf Tiere und über 1'000 auf menschliche Gene. Mit den Patenten auf Leben wird das Patentsystem im Grunde ad absurdum geführt. Ursprünglich wurde das System eingeführt, um Erfindungen als geistiges Eigentum zu schützen. Die Idee dahinter: Wer etwas erfindet, kann dies patentieren und er-

hält während meist 20 Jahren das Monopol auf Produktion, Vermarktung und Nutzung der Erfindung. Entwickelt worden ist das System für Maschinen und industrielle Verfahren – also für unbelebte Materie. 1980 schuf der Oberste Gerichtshof der USA jedoch einen Präzedenzfall: Er erteilte ein Patent auf ein Öl fressendes Bakterium und damit erstmalig auf ein Lebewesen. Fünf Jahre später wurde erstmals eine Pflanze, sieben Jahre später mit der «Krebsmaus» das erste Tier patentiert. Seit den 1990er-Jahren findet ein regelrechter Ansturm auf diese so genannten Biotech-Patente statt. Auch in Europa sind Patente auf Leben möglich geworden. Eine zentrale Rolle spielte die Entwicklung der Gentechnologie. Erst durch die gentechnische Veränderung konnten Pflanzen und Tiere zur menschlichen Erfindung gemacht werden. Firmen erhalten nun nicht nur Patente auf die gentechnische Veränderung, sondern auch auf die gesamte Pflanze bzw. das Tier und alle nachfolgenden Generationen. Mittlerweile können sogar aus der simplen Beschreibung eines Gens Ansprüche abgeleitet werden, die dann für alle Pflanzen (oder Tiere) gelten, in die das patentierte Gen theoretisch übertragen werden kann. Die Grenze zwischen Erfindungen und Entdeckungen geht verloren und alle wichtigen Kulturpflanzen und Nutztiere – die Grundlage der weltweiten Ernährung – können in den Besitz einzelner

Konzerne, Institute oder Personen kommen. Das hat Folgen.

Verhinderte Innovationen und enteignete Bäuerinnen

Genpatente, wie sie Syngenta für die Reispflanze anstrebt, verhindern den freien Zugang zu Informationen und genetischen Ressourcen und betreffen deshalb insbesondere auch die Forschung. Denn die Monopolansprüche der Konzerne besetzen ganze Forschungsfelder, erschweren Innovation und verteuern die Agrarforschung wie auch die medizinische Forschung. Patente auf Pflanzen wiederum wirken sich vor allem in der Landwirtschaft verheerend aus. Bäuerinnen und Bauern werden langfristig die Kontrolle über das Saatgut verlieren. Da sie für patentierte Samen jährlich eine Gebühr entrichten müssen, gehört ihnen das Saatgut, das sie auf dem Feld produzieren, nicht mehr. Die langsame, aber stetige Enteignung ist ein Skandal. Weltweit sind 1.4 Milliarden Bauern und Bäuerinnen darauf angewiesen, das von der Ernte zurückbehaltene Saatgut wieder verwenden zu können. Müssten sie jährlich Gebühren entrichten, verlören sie ihre Unabhängigkeit oder sogar ihre Existenzgrundlage. Die Ernährungssicherheit steht weltweit auf dem Spiel.

Stopp der Privatisierung

Mit der Revision des Patentgesetzes hat das Schweizer Parlament die Chance, die fortschreitende Privatisierung der genetischen Ressourcen zumindest hierzulande zu stoppen. Gene von Pflanzen, Tieren oder Menschen sind keine Erfindungen und gehören nicht in den Besitz von Konzernen oder Forschungsinstitutionen. Gene sind ein Erbe der Menschheit, das für alle frei zugänglich sein muss – auch in Zukunft.

**«Monopole auf Leben?»
Tagung zu Biotech-Patenten,
3. Mai in Bern**

SWISSAID und die Erklärung von Bern laden am 3. Mai zur Tagung «Monopole auf Leben» ein: Sollen menschliche Gene, Schweine und Reis genauso patentierbar sein wie Kühlschränke und Radiowecker? Wie wirken sich Patente auf die Forschung aus? Mit welchen Folgen müssen Entwicklungsländer rechnen? Diese Fragen werden VertreterInnen des Bundes, der Forschung, der Industrie sowie der Länder des Südens kontrovers diskutieren. In der abschliessenden Podiumsdiskussion sind PolitikerInnen verschiedener Parteien eingeladen, Empfehlungen für die Revision des Patentgesetzes zu diskutieren. Programm mit Anmeldeformular unter: www.evb.ch oder www.swissaid.ch

Unternehmer Stephan Baer über die Tücken der Deklaration: Was drin ist, steht nicht drauf

Als einziger Schweizer Unternehmer hat sich Stephan Baer gezielt für das Gentech-Moratorium eingesetzt. Das hat ihm nicht nur Lob eingetragen. Jetzt will er sich für eine praktikable Deklaration auf gentechfreien Produkten stark machen.

GSZ: Herr Baer, Sie haben sich – erfolgreich – für das Moratorium eingesetzt. Hatten Sie nie Grund, Ihre klare Haltung zu bedauern?

Stephan Baer: Nein, der Einsatz hat sich ganz klar gelohnt. Mit der Abstimmung haben wir ein Signal gesetzt. Konsumierende im In- und Ausland können sich auf gentechfreie Schweizer Lebensmittel verlassen – und zu denen gehören auch die Baer-Produkte. Ich bin zufrieden, einen Beitrag geleistet zu haben, der durch das Abstimmungsresultat belohnt worden ist.

GSZ: Sie werden nicht nur Applaus erhalten haben für Ihr öffentliches Engagement...

SB: Das Thema hat grosse Emotionen geweckt, aber die vielen Briefe und E-Mails fielen immerhin zu drei Vierteln positiv aus. In den andern ging es fast immer um den Forschungsstandort Schweiz. Viele schätzten gerade auch das Engagement eines Unternehmers, weil die Debatte ja hauptsächlich von Interessensvertretern geführt wurde.

GSZ: Können Sie sich nun wenigstens mit gentechfreien Nahrungsmitteln profilieren?

SB: Gerade das ist gar nicht so einfach. Laut Bundesamt für Gesundheit BAG

dürfen wir unsere Produkte nicht mit der Auszeichnung «ohne Gentechnik hergestellt» versehen. In Deutschland ist das möglich, aber nicht in der Schweiz. Bei einer solchen Negativdeklaration müsste die Gentechnikfreiheit auf allen Stufen gewährleistet sein, also auch bei Roh-, Hilfs- und Zusatzstoffen in Futtermitteln, die gar nicht deklariert werden müssen.

GSZ: Das klingt jetzt doch sehr paradox. Können Sie ein Beispiel geben?

SB: In einem Futtermittel kommt zum Beispiel ein Vitamin vor, das in einem gentechnischen Prozess gewonnen worden ist. Das Vitamin selbst enthält keine DNA, somit auch keine GVO. Und es muss nicht deklariert werden. Wie soll also ein Bauer sicherstellen, dass sein Futtermittel keine Stoffe enthält, die irgendwann einmal mit einem gentechnischen Prozess in Berührung gekommen sind? Was der Bund mit allen seinen Wissenschaftlern nicht schafft, mutet er den Bauern zu.

GSZ: Versteckt sich hier das BAG hinter Vorwänden, um keinen Wettbewerbsvorteil zuzulassen?

SB: Ich glaube vielmehr, es handelt sich um falsch verstandene Gründlichkeit. Man will keine Angriffsfläche bieten. Aber die Vorschrift ist einfach nicht pra-



Weichkäse Hersteller Stephan Baer hofft auf eine pragmatische Lösung bei der Deklaration von Nahrungsmitteln. Bild: BAER AG

xistauglich. Die Konsumierenden wollen sicher sein, dass in ihren Lebensmitteln keine gentechnisch veränderten Tiere oder Pflanzen vorkommen. Das ist wesentlich.

GSZ: Wie müsste denn Ihrer Meinung nach die Deklarationspflicht formuliert werden?

SB: Mich würde die jetzige Regelung nicht so sehr stören, wenn alle Stoffe deklarationspflichtig wären. Nur wenn die Deklaration konsistent ist, ist sie auch praktikabel. Ich hoffe jedenfalls auf eine

pragmatische Lösung im Interesse der Konsumierenden. Wir haben uns jetzt für eine Information auf unseren Verpackungen entschieden: «Baer steht ein für gentechfreie Lebensmittel».

GSZ: Bringt die Gentechnikfreiheit Ihrem Unternehmen Marktvorteile?

SB: Mitte 2007 fallen in der EU – und auch gegenüber der Schweiz – die Grenzen für Käse. Bei Weichkäse wird das aufgrund der erhöhten zollfreien Kontingente faktisch schon in diesem Sommer der Fall sein. Dann erhält die Bezeich-

nung «gentechfrei» für Schweizer Produkte Bedeutung. Allerdings muss man das auch klar kommunizieren. Alle Baer-Produkte weisen die Deklaration «Suisse garantie» auf. Das heisst, keine Gentechnik, auch nicht im Futtermittel oder im Lab, einem nicht deklarationspflichtigen Zusatzstoff, der meist mittels Gentechnik hergestellt wird. Auf ausländischen Produkten ist nicht ersichtlich, ob sie gentechnisch hergestelltes Lab enthalten.

Impressum

Herausgeberin
sag schweizerische arbeitsgruppe
gentechologie
postfach 1168, 8032 zürich
telefon 044 262 25 63
fax 044 262 25 70
info@gentechologie.ch
www.gentechologie.ch
postcheck 80-150-6

Redaktion
Daniel Ammann
Hanna Diethelm

Gestaltung und Druck
Bringolf Irion Vögeli, Zürich
ropress genossenschaft, Zürich

Auflage
32'000 Ex.
erscheint vierteljährlich
im SAG Mitgliederbeitrag enthalten

Papier
Edelweiss, 80% Recycling aus Altpapier
(bedruckte Sammelware), 20% FSC-Neufasern



gentech-news

Deutschland: Balkonbauern für gentechfreie Zonen

«Golden Bantam – frisch, frech, fruchtbar, frei»: so heisst die Aktion, mit der eine breite Koalition von Umwelt- und Landwirtschaftsverbänden gegen den drohenden Anbau von Gentech-Mais protestiert. Die Verbände verteilen kostenlos Samen der Biomaisart «Golden Bantam». Das Ziel: Ob im Garten oder auf dem Balkon – Bantam soll auf insgesamt 100'000 kleinen Anbauflächen angebaut werden. Da Biomais nicht kontaminiert werden darf, soll damit der Anbau von Gentech-Mais erschwert werden.

Mehr Informationen unter:
www.bantam-mais.de

Italien: synthetische DNA im Blut von Schweinen entdeckt

Fressen Ferkel Gentech-Mais, so gelangen die im Mais eingebauten fremden Gene nicht nur in Magen und Darm der Tiere. Wie Forschende der Universität Piacenza überraschend feststellten,

können Bruchstücke der fremden Gene auch im Blut, in der Leber, der Milz und den Nieren nachgewiesen werden. Ob solche Gen-Bruchstücke ein Risiko für die Gesundheit sind, bleibt unklar.

England: Monsanto blockiert Schiff

Wie bereits in dänischen und spanischen Häfen hat der US-Konzern Monsanto auch in Liverpool ein Schiff mit Gentech-Soja aus Argentinien gestoppt. Der Konzern versucht damit erstmals, die Lizenzgebühren für seine patentierte Soja in Europa einzuziehen. In Argentinien ist ihm das bisher nicht gelungen. Weshalb hat Monsanto nicht bereits früher versucht, die Gebühren in Europa zu erheben? Greenpeace sieht dahinter eine klare Strategie: Ohne Lizenzgebühren war die Gentech-Soja in Argentinien konkurrenzlos billig und die Verbreitung ging rasant vonstatten. Nachdem die Konkurrenz nun verdrängt ist und die Gentech-Soja den Markt beherrscht, versucht Monsanto die Lizenzgebühren zu erzwingen – in europäischen Häfen.

Polen: Präsident für Gentechnikfreiheit.

Der neue Ministerpräsident Kazimierz Marcinkiewicz hat erklärt, dass er Polen gentechfrei halten wird. Er kommt damit dem Wunsch der Bevölkerungsmehrheit entgegen. Gemäss Umfragen wollen 76 Prozent der Polen und Polinnen keine Gentech-Pflanzen.

Rumänien: Schluss mit Anbau von Gentech-Soja

Auf rund 85'000 Hektaren wachsen bereits Gentech-Sojasorten. Doch jetzt hat die rumänische Regierung beschlossen, den Anbau dieser Sorten ab Januar 2007 zu verbieten. Mit dem Verbot bereitet sich das Land auf den Beitritt zur EU vor, wo der Anbau der Gentech-Soja nicht erlaubt ist.

Indien: wachsende Probleme mit Gentech-Baumwolle

Im Bundesstaat Andra Pradesh haben viele Bauern massive Verluste erlitten, weil sie Gentech-Baumwolle des US-Konzerns Monsanto anbauten. Mehrere Be-

richte bestätigen, dass Monsanto die Bauern hintergangen hat: Die Firma hat ihre Sorte aggressiv vermarktet, zu hohe Preise verlangt und falsche Produktionszahlen veröffentlicht. Die Regierung von Andra Pradesh fordert nun, dass Monsanto die Bauern entschädigt.

Auch im Bundesstaat Vidarbha spitzt sich die Situation zu. Immer mehr Bauern begehen Selbstmord, weil sie überschuldet sind. Die meisten dieser Bauern hatten Gentech-Baumwolle angebaut.

Sie können die «gentech-news» auch abonnieren und erhalten dann zweiwöchentlich Informationen gratis per E-Mail zugeschickt.

Abonnieren unter:
info@blauen-institut.ch

Die SAG füllt das Moratorium mit Inhalten



Sollte es im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms NFP59 zu Freisetzungsversuchen kommen, stellt die SAG strenge Bedingungen.

Bild: Dr. Stephan Kühne, BBA- Kleinmachnow/www.biosicherheit.de

Nach dem grossartigen Erfolg der Gentechfrei-Initiative folgt nun die Umsetzung der fünfjährigen Moratoriumsphase. Die SAG ist bereits bei zahlreichen Themen aktiv geworden.

Daniel Ammann
Geschäftsleiter SAG

55,7 Prozent der Stimmenden und alle Kantone haben das fünfjährige Anbau-Moratorium von Gentech-Pflanzen in der Schweiz angenommen. Der Bundesrat und die Mehrheit im Parlament hingegen waren gegen die Gentechfrei-Initiative. Die SAG, das Initiativkomitee und die Trägerschaft haben nun begonnen, offene Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Moratoriums zu klären. Sie haben dabei dem Bundesrat in mehreren Briefen ihre Haltung und Forderungen dargelegt.

Brief «Landwirtschaftspolitik und Handelspolitik»

In einem ersten Brief hat sich die SAG kurz nach der Abstimmung an den Gesamtbundesrat gewandt. Sie hat ihn dazu aufgerufen, dem Volkswillen Rechnung zu tragen und die Agrar- und Handelspolitik in den nächsten fünf Jahren auf eine gentechfreie Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung auszurichten. Als Antwort hat Bundesrat Deiss zu einem Gespräch eingeladen. Die SAG wird bei diesem Treffen folgende Forderungen bekräftigen:

- Der Bund soll bei den Absatzförderungsmassnahmen die Projekte bevorzugen, die eine gentechfreie Produktion garantieren oder dafür werben.
- Der Bund soll sich in internationalen Verhandlungen (WTO, Patentübereinkommen) für den Schutz der gentechfreien Landwirtschaft einsetzen.
- Der Bund soll in den nächsten fünf

Jahren keine internationalen Verpflichtungen eingehen, die die Ausgangslage für die gentechfreie Landwirtschaft verschlechtern (Freihandelsabkommen).

- Der Bund soll mit den Nachbarländern zusammenarbeiten, um den Schutz der gentechfreien Landwirtschaft auch entlang der Landesgrenzen zu gewährleisten.

Brief «Importe»

Der neue Verfassungstext betrifft zwar vor allem den Anbau von Gentech-Pflanzen, indirekt wirkt er jedoch auch auf den Import von Gentech-Lebens- und Futtermitteln. So fallen all diejenigen Lebens- und Futtermittel in den Geltungsbereich der Initiative, die in vermehrungsfähiger Form vorliegen – dazu gehören zum Beispiel Samen von Gentech-Raps oder Bohnen von Gentech-Soja. Die SAG hat den Bundesrat deshalb in einem zweiten Brief dazu aufgefordert, dass zumindest bis zum Ablauf des Moratoriums keine Lebens- und Futtermittel zugelassen werden, die aus in der Schweiz keimfähigen Gentech-Pflanzen bestehen. Aktuell davon betroffen ist der Gentech-Raps GT73 des US-Konzerns Monsanto. Der Bundesrat soll das hängige Bewilligungsgesuch ablehnen.

Die SAG hat in ihrem Brief zudem darauf hingewiesen, dass zurzeit keine offizielle Statistik über den Import von Gentech-Futtermitteln existiert. Diese Statistik ist jedoch notwendig, um die Deklarationspflicht durchsetzen zu können. Damit die gravierende Dokumentationslücke geschlossen wird, fordert die SAG vom Bundesrat, dass:

- Die Importmengen von Futtermitteln und der Anteil von Gentech-Rohstoffen halbjährlich publiziert werden.
- Die Behörden überprüfen, ob die importierten Gentech-Rohstoffe am Futtermittelmarkt deklariert werden.

Brief «Nationales Forschungsprogramm»

Anfang Dezember 2005 hat der Bundesrat das Nationale Forschungsprogramm «Nutzen und Risiken der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen» lanciert. Die nächsten vier Jahre stehen zwölf Millionen Franken für das Programm bereit. Die SAG fordert, dass bei der Durchführung des Programms folgende Punkte umgesetzt werden:

- Die Risikoforschung soll von unabhängigen ExpertInnen durchgeführt und weiterentwickelt werden.
- Falls im Rahmen des Programms Freisetzungsversuche stattfinden, muss der Schutz der Umwelt und der gentechnikfreien Landwirtschaft garantiert bleiben.
- Bei der Bewertung von Risiken und Nutzen sollen Forschungsprojekte zum biologischen Landbau mitberücksichtigt werden.
- Die Auswahl der geförderten Projekte soll transparent erfolgen.

Die SAG hat diese Forderung Bundesrat Couchepin brieflich mitgeteilt. Zudem traf eine Delegation der SAG den Leitungsausschuss des Nationalen Forschungsprogramms und konnte so ihre Haltung und Forderungen direkt bei den Verantwortlichen deponieren.

Deklaration: Lücke schliessen

Die Deklaration von Lebensmitteln entscheidet, ob die Wahlfreiheit gewährleistet ist. Zurzeit bestehen hier zwei wesentliche Lücken. Erstens fehlt eine Deklarationspflicht bei Lebensmitteln

aus tierischer Produktion. Zweitens fehlt die Möglichkeit, gentechfreie Produkte mit der Bezeichnung «gentechfrei» zu kennzeichnen. Die SAG fordert deshalb vom Bundesrat,

- dass Lebensmittel, die von mit Gentech-Produkten gefütterten Tieren stammen, deklariert werden müssen;
- dass die Auslobung gentechnikfreier Produkte mit gängigen Begriffen wie «gentechfrei» möglich ist.

Gentechnikgesetz: vorsorgliche Umsetzung

Die Bestimmungen des Gentechnikgesetzes werden zurzeit in verschiedenen Verordnungen konkretisiert. Die SAG setzt sich hier dafür ein, dass der Schutz der Umwelt und der gentechfreien Landwirtschaft auf hohem Niveau gewährleistet wird. Sie hat deshalb im Rahmen der Vernehmlassung zur Koexistenzverordnung und zur Freisetzungsvorschrift ausführliche Stellungnahmen zuhanden der angeschlossenen Organisationen verfasst.

Das Schweizer Moratorium und Europa

Unmittelbar nach der Volksabstimmung vom 27. November 2005 erreichten die SAG viele Gratulationen, darunter folgendes Glückwunschtelegramm von Renate Künast, Mitglied des Deutschen Bundestages:

«Herzlichen Glückwunsch zur Entscheidung, die Schweiz gentechnikfrei zu halten. Das beschlossene Moratorium ist der richtige Weg, denn bisher wissen wir zu wenig über die Folgen dieser neuen Technologie. Mögliche Folgen für Umwelt und Gesundheit sind schlecht abschätzbar, weil es bisher kaum unabhängige Forschung gibt.»

Auch der Vorstand des deutschen Ökologischen Ärztebundes gratulierte: «Herzlichen Glückwunsch zu Eurem Erfolg. Wir

sind stolz auf Euch, das ist eine wunderbare Ermutigung für uns alle. Wir freuen uns auf gute weitere Zusammenarbeit zur Sicherung einer Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung, die der Erde und ihren Lebewesen nicht schadet sondern nützt.»

Der Abstimmungserfolg fand auch in der europäischen Presse Aufmerksamkeit. Für die französische «Libération» ist der Volksentscheid «eine Ohrfeige für die Regierung». Die Zeitung betont, dass es sogar im Chemiestandort Basel Zustimmung gegeben habe. Für die «International Herald Tribune» spiegelt die Abstimmung «das weit verbreitete Misstrauen» in ganz Europa gegenüber Gentech-Nahrungsmitteln. «Nein zu Gen-Nahrung. Eidgenossen fügen Bundesregierung Niederlage zu», titelt «Die Presse» in Wien. Wohlwollend ist weiter die Rede von einem «durchschlagenden Erfolg» der Initiative.

Inzwischen will Österreich im Gefolge der starken Zustimmung in der Schweiz eine Pan-Europäische Debatte eröffnen. Österreich wolle seine Präsidentschaft nutzen, um die Frage der Gentechnik intensiv im Rat der Umweltminister und im Rat der Landwirtschaftsminister zu behandeln.



Bild: Schweiz - Bienen-Zeitung

SAG-Mitglieder-versammlung

Donnerstag 18. Mai 2006
Zentrum Karl der Grosse,
Kirchgasse 14, 8001 Zürich

18 – 19 Uhr für Mitglieder

19 Uhr Honigdegustation:
Kennensie die Honigsorten? –
Apéro und Häppchen

20 Uhr Referat von
Dr. Berchtold Lehnerr, Redaktor
Schweiz. Bienen-Zeitung:
«Was blüht den Bienen aus transgenen Pollen? – Weshalb nicht nur Schweizer Imker auf Gentechfreiheit setzen.»

anschliessend Diskussion

Das Referat ist öffentlich und kostenlos. Weitere Informationen auf www.gentechnologie.ch oder Telefon 044 262 25 63